



Volltreffer: Demokratie marktkonform versenkt!

**Widerstand gegen die Diktate der Troika
KollegInnen aus Griechenland berichten**

**Dienstag, 30. April 2013, 18 Uhr
in der ver.di-Bundeszentrale**

Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
(U-Bhf. Jannowitzbrücke oder Ostbahnhof)

Es laden ein: Real Democracy Now Berlin/GR;
ver.di Berlin Brandenburg, FB 3; Arbeitskreis Inter-
nationalismus in der IGM Berlin

Unterstützt durch die Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt

„Wir werden Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist.“ (Angela Merkel) Die Ergebnisse der „marktkonformen Demokratie“ können wir in Griechenland besichtigen: Das Sozialgefüge wurde zerstört, die Löhne halbiert, Tarife abgeschafft und den Gewerkschaften mit Hilfe von Notstandsgesetzen das Streikrecht genommen. Verhältnisse wie wir sie bisher nur aus Ländern der „Dritten Welt“ kannten, haben in Griechenland Einzug gehalten. Die Spardiktate der Troika folgen dem Muster der „Strukturanpassungsmaßnahmen“, die bereits in den 80er Jahren die Schuldnerländer aus Afrika, Asien und Lateinamerika an den Rand des Abgrunds geführt haben.

Durch die dritte Sparrunde – vom IWF, der EU-Kommission und der EZB diktiert – nimmt die Verelendung breiter Bevölkerungskreise weiter massiv zu. Dagegen wehren sich die Menschen. Fast täglich kommt es zu Demonstrationen, Blockaden und Streiks. Die Regierung reagiert mit einer Verschärfung der Repression. Die freie Berichterstattung wird eingeschränkt, die Übergriffe der Polizei nehmen zu, langjährig besetzte Häuser und soziale Zentren werden geräumt.

Den Streik der Metro-Beschäftigten beendete die Regierung mit Hilfe von Notstandsgesetzen. Der Arbeitskampf wurde verboten und die Metro-Beschäftigten zwangsverpflichtet. Bei Zuwiderhandlung drohen nicht nur die Entlassung, sondern bis zu fünf Jahren Haft. Die Busfahrer in Athen und die Seeleute wurden ebenfalls zwangsverpflichtet. Damit konnten deren Streiks zunächst unterbunden werden. Nachdem in den letzten drei Jahren das Arbeits- und Tarifrecht de facto beseitigt wurde, soll den arbeitenden Menschen und ihren Gewerkschaften das noch verbliebene Streikrecht genommen werden.

Gewerkschaftliche Grundrechte und demokratische Freiheiten müssen weichen, wenn die Abwälzung der Krisenlasten auf die breite Bevölkerungsmehrheit zum staatlichen Ziel wird. Bei diesen Regierungsmaßnahmen zur Unterdrückung des Widerstandes drängen sich Parallelen auf zum Ende der Weimarer Republik. Zugleich wächst angesichts von Verelendung und autoritärer Formierung der Einfluss der faschistischen „Goldenen Morgenröte“. Ihre paramilitärischen Schlägertrupps können auf die mehr oder weniger offene Unterstützung durch Sondereinheiten der Polizei bauen.

Im gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Spardiktate in Griechenland geht es längst nicht mehr nur um die Verteidigung von Löhnen und sozialen Standards. Die Grundfragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind unmittelbar berührt. Die Marktwirtschaft hat sich ihrer sozialen Sicherungssysteme entledigt. An die Stelle der Mitwirkung und Integration der lohnabhängigen Bevölkerung und ihrer Gewerkschaften bei der Ausgestaltung der „sozialen Marktwirtschaft“ ist der rücksichtslose Klassenkampf von oben getreten. Dem fiel nicht nur das soziale Gefüge Griechenlands zum Opfer. Die Anwendung von Notstandsgesetzen zur Verhinderung von Arbeitskämpfen stellt die Existenz unabhängiger Gewerkschaften selbst in Frage.

Wir wollen uns aus erster Hand informieren und die Frage erörtern, wie wir unsere griechischen Kolleginnen und Kollegen unterstützen können. Es gilt hierzulande das Bewußtsein zu schärfen, wie rasch die vermeintlich sicheren Sozialsysteme zerstört werden können. Ein Erfolg der Schocktherapie im Versuchslabor Griechenland würde zur Blaupause für die marktkonforme Umgestaltung weiterer EU-Mitgliedsländer. Genug Gründe, den Angriffen der Troika unsere gemeinsame Solidarität entgegenzusetzen.

Der Widerstand in Griechenland ist bunt und vielfältig.

Er umfasst betriebliche Gewerkschaftsorganisationen, besetzte und selbstverwaltete Betriebe, sowie soziale Selbsthilfeinitiativen in den einzelnen Regionen und Städten Griechenlands. Diese organisieren Suppenküchen und Lebensmittelverteilungen für bedürftige Familien. Sie bieten eine unentgeltliche medizinische Grundversorgung für alle Menschen, gleich welcher Herkunft, die vom Gesundheitssystem ausgeschlossen sind.

Auf dem Podium berichten und diskutieren:

Yannis Stathas, Vorsitzender der Betriebsgewerkschaft des Aluminiumwerkes „Aluminium of Greece“ in Agios Nikolaos und der einzige Abgeordnete aus der Arbeiterschaft im griechischen Parlament (SYRIZA)

Makis Anagnostou, Vorsitzender der Arbeitergewerkschaft des selbstverwalteten Betriebes Viomichaniki Metaleftiki aus Thessaloniki

Babis Agrolabaos, Journalist der selbst verwalteten Redakteurszeitung in Griechenland

Eurydike Bersi, Journalistin in der Auslandsredaktion der Tageszeitung Kathimerini

Nikos Kalogiros, gewerkschaftlich aktiver Grundschullehrer aus Athen

Theodoros Zdoukos, Polyxeni Andreadou und Babalona Eva, aktiv in der solidarischen Gesundheitspraxis in Thessaloniki

Christos Giovanopoulos, Netzwerk von prekären und unbeschäftigten Arbeitern, Athen